



Nach schwierigen eineinhalb Jahren stehen Anfang 2010 die Chancen gut, dass es mit der deutschen Wirtschaft langsam wieder aufwärts geht. Der Weg zurück in die Erfolgsspur wird jedoch weder einfach noch geradlinig. Die IHK-Organisation hat deshalb ihr Jahresthema unter das Motto „Stark für den Aufschwung“ gesetzt. Als zentrale Stellgrößen hat sie dabei die gesicherte Finanzierung, konsequente Innovation und das Ergreifen von Marktchancen identifiziert. Diese Faktoren stehen auch für die Handelskammer Bremen im Mittelpunkt ihrer Anstrengungen, den Unternehmen 2010 einmal mehr als Partner vor Ort zur Seite zu stehen.

stark für den aufschwung

IHK-Jahresthema
2010



finanzierung
innovation
märkte

Was Unternehmen und Staat jetzt anpacken müssen!

Von Professor Dr. MICHAEL HÜTHER (Institut der deutschen Wirtschaft Köln)

Wenn die Finanz- und Konjunkturkrise etwas Positives haben soll, dann müssen wir aus ihr die richtigen Schlüsse ziehen. Internationalisierung, Innovation und Ertragsstärke hängen eng zusammen. Forschung und Entwicklung müssen steuerlich gefördert werden.

Wenn die Finanz- und Konjunkturkrise etwas Positives haben soll, dann müssen wir aus ihr die richtigen Schlüsse ziehen. Im Bereich der Finanzmärkte bedeutet dies eine bessere, aber nicht unbedingt stärkere Regulierung. Finanzinnovationen sollten nicht verboten, jedoch genau und ohne Ausnahme kontrolliert sowie mit einer Selbstbehaltspflicht für den Produzenten versehen werden. Es darf keine Bereiche des Finanzsystems mehr geben, die nur unzureichend reguliert sind und in die die Akteure bislang ausweichen konnten. Auch die Flucht in andere Weltregionen mit niedrigerer Regulierung muss soweit wie möglich unterbunden werden. Weltweit muss an allen relevanten Finanzplätzen eine Mindestkontrolle und -regulierung stattfinden. Zyklusneutrale Eigenkapitalregeln wären darüber hinaus wünschenswert.

Für die Realwirtschaft sind weniger drastische, jedoch ebenso wichtige Entscheidungen zu treffen. In der aktuellen Krise investieren Unternehmen kaum, auch nicht in die deutschen Standorte. Dies führt zu einem Investitionsstau, der sich in der Zukunft in einem Investitionsschub auflösen wird. Da Investitionen in der Regel produktivitätssteigernd sind, erhöhen – durch irreversible Investitionen verursachte – Sunk Costs die Bindung der Unternehmen an den Standort. Je länger der Investitionsstau dauert, desto geringer werden die

Sunk Costs der deutschen Unternehmen und die Bindung an den Standort. Es kommt also beim Eintreten des Investitionschubs darauf an, den Unternehmen überzeugende Gründe dafür zu bieten, weiterhin in Deutschland zu investieren.

Dazu ist eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik nötig, die die Notwendigkeiten der Unternehmen ernst nimmt.

Welches sind die Erfordernisse der Unternehmen in Deutschland? Deutschland ist eine industriebasierte Exportnation. Nur wenige Industriestaaten haben ein höheres Leistungsbilanzplus (in Relation zum BIP) als Deutschland (zum Beispiel 7,7 Prozent im Jahr 2007). Ein Grund für die deutsche Exportstärke ist die starke Position im internationalen Wettbewerb im Markt für Industrieprodukte. Deutsch-

land hatte 2006 einen Industrieanteil von 26 Prozent der Wertschöpfung; die USA, das Vereinigte Königreich und Frankreich lagen mit Werten zwischen 14 und 17 Prozent deutlich dahinter. Doch die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft verschärft auch den Wettbewerbsdruck auf die deutschen Unternehmen, die in globalen Branchen tätig sind. Sie müssen daher ihre Wertschöpfung unter den sich wandelnden Bedingungen einer globalisierten Ökonomie optimieren.

Der weltweite Strukturwandel beschleunigt sich, angeschoben von drei Megatrends. Die Globalisierung in Form von immer intensiver verflochtenen Handels- und Produk-



Fotos: DIHK

Information

Professor Dr. Michael Hüther ist Direktor und Mitglied des Präsidiums des Instituts der deutschen Wirtschaft
 Köln: Telefon 0221 4981600,
 huether@iwkoeln.de,
 www.iwkoeln.de

tionssträngen führt zu einem wachsenden Wettbewerb zwischen den Unternehmensstandorten. Arbeitsintensive, standardisierte Industrieprodukte können in Schwellenländern oft effizienter produziert werden, daher werden diese Prozesse oft dorthin verlagert. Deutsche Produktionsstandorte müssen sich demgegenüber auf humankapital- und wertschöpfungsintensive Unternehmensfunktionen konzentrieren, die Produktdifferenzierungen und -innovationen und somit Wettbewerbsvorteile ermöglichen. Dies wird von einer Tertiarisierung begleitet, denn die maßgeschneiderten Industrieprodukte werden zunehmend von einem umfangreichen, komplementär wirkenden Dienstleistungsanteil ergänzt. Beides ist nur durch die steigende Wissensintensivierung möglich, die aufgrund der zunehmenden Komplexität der produzierten Güter notwendig ist.

Es ist weniger die Größe eines Unternehmens, sondern vielmehr sein Drang nach Innovation und Differenzierung, der den Unternehmenserfolg mitbestimmt. Diejenigen Unternehmen, die überdurchschnittlich viele Mitarbeiter in hochwertigen Unternehmensfunktionen in Deutschland haben, sind erfolgreicher als andere Unternehmen mit identischen Branchen- und Größenstrukturen. Dies gelingt ihnen dadurch, dass sie überdurchschnittlich forschungsaktiv und innovativ sind. In diesen Funktionen setzen sie deutlich mehr Personal als der Durchschnitt ein. Sie sind aktive Innovatoren, d. h. die Produktentwicklung ist überwiegend unternehmens- und nicht kundengetrieben. Dadurch erzielen sie einen besonders hohen Umsatzanteil mit Marktneuheiten. Die Unternehmen in Deutschland müssen sich des Zusammenhangs zwischen Internationalisierung, Innovation und Ertragsstärke noch bewusster werden und sich entsprechend positionieren.

Der deutsche Staat kann sie dabei in vielerlei Hinsicht unterstützen. Für die Konzentration auf Hightech- und Highskill-Bereiche werden hoch qualifizierte Fachkräfte benötigt. Kräfte mit einfacher Qualifikation werden es zunehmend schwerer haben, eine Beschäftigung zu finden. Doch gerade

an Fachkräften mangelt es. Die Ingenieurücke zum Beispiel betrug im Jahr 2008 bereits ca. 65.000 Stellen, sie liegt derzeit bei immerhin 25.000 Stellen. Der Strukturwandel hin zu höherwertigen Tätigkeiten wird diesen Mangel noch verschärfen. Zudem gibt es zu wenige Studierende in mathematischen, ingenieur- und naturwissenschaftlichen sowie technischen Studiengängen. Gelingt es nicht, die Studentenzahlen in diesen Bereichen zu steigern, werden Hochtechnologieproduzenten langfristig aufgrund Personalmangels aus Deutschland abwandern.

Hier muss durch gezielte Immigration, Geburtensteigerung, eine Stärkung der Erwerbsbeteiligung und eine verbesserte Bildung und Qualifizierung gegengesteuert werden. Eine Möglichkeit zur schnelleren Stärkung des Innovationsstandorts Deutschland ist die Einführung einer steuerlichen Förderung von Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Kaum ein anderes Land fördert Aufwendungen für Forschung und Entwicklung so wenig über steuerliche Anreize wie Deutschland. Vieles spricht dafür, dass Deutschland hier eine Kurskorrektur einleiten sollte. Erstens muss sich der Staat für diese Förderung über Steuererleichterungen kein Wissen anmaßen, das er nicht hat. Zweitens greift er bei einer steuerlichen Förderung nicht in die technologische Ausrichtung der Unternehmen ein. Drittens erreicht eine allgemeine steuerliche FuE-Förderung kleinere Betriebe besser als eine direkte, bürokratische Unterstützung.

Was kann der Staat noch tun? Er muss vor allem ein glaubwürdiges Szenario zur Konsolidierung des Staatshaushaltes innerhalb einer Dekade entwickeln, in das mittelfristig wachstumsstärkende Steuersenkungen, zum Beispiel durch ein Abschmelzen des Mittelstandsbauchs bei der Einkommensteuer und die Abschaffung der kalten Progression eingebettet werden. Und wir brauchen auch wieder eine klare Trennung von Markt und Staat. Regierungen, die selektiv private Unternehmen mit Milliardensummen vor der Insolvenz bewahren möchten, verwischen aber diese Trennlinie. Hier ist im Grundsatz neu für ordnungspolitische Klarheit zu werben. ■

Lehren aus der Krise

Von RAINER BRÜDERLE, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Der Zusammenbruch der amerikanischen Bank Lehman Brothers hat das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der weltweiten Finanzmärkte schwer erschüttert. In der Folge rutschte die Weltwirtschaft in eine tiefe Rezession. Das hat Debatten darüber ausgelöst, ob die Marktwirtschaft als System selbst entscheidend zur krisenhaften Entwicklung beigetragen hat und wenn ja, welche Alternative an ihre Stelle treten könnte.

Schon die Frage ist in meinen Augen falsch. Nicht die soziale Marktwirtschaft hat die Krise ausgelöst. Vielmehr glaubten manche Akteure, grundlegende Prinzipien der Marktwirtschaft außer Kraft setzen zu können. Dies erwies sich als fataler Trugschluss. So hat zum Beispiel die übermäßig expansive Geldpolitik in den USA das Gespür für Risiken getrübt. Hinzu kamen Fehlanreize für die Immobilienfinanzierung, die – teilweise politisch motiviert – eine übermäßige Vergabe von Krediten an amerikanische Haushalte mit gerin-

» Wir brauchen nicht unbedingt mehr oder detailliertere Regeln; wir brauchen vor allem intelligentere Regeln.

ger Bonität begünstigten. Die Finanzmarktregulierung hat weltweit zu wenig Gewicht auf Markttransparenz sowie auf die Haftung für die Konsequenzen eigener Handlungen gelegt. Die exportorientierte Entwicklungsstrategie vieler asiatischer Staaten ist von künstlich verzerrten Währungsrelationen begleitet worden. Dies mündete in falschen Anreizsystemen, einer unzureichenden Risikoanalyse sowie in dem Aufbau eines unregulierten Schattenbankensystems.



Die erste Lehre

Um Transparenz, Glaubwürdigkeit und Vertrauen auf den Finanzmärkten wieder herzustellen, brauchen wir keine neue Wirtschaftsordnung und vor allem keinen neuen Staatsinterventionismus. Denn wenn der Staat vom Schiedsrichter zum Mitspieler wird, um eine Metapher von Ludwig Erhard zu verwenden, dann steht auch die Glaubwürdigkeit und Unparteilichkeit des Staates auf dem Spiel.

Die zweite Lehre

Wir befinden uns zwar in einer Wirtschaftskrise, aber nicht in einer Systemkrise. Der durch die weltweite Finanzkrise ausgelöste konjunkturelle Abschwung trifft zwar in Deutschland auf eine zunehmende Skepsis gegenüber der sozialen Marktwirtschaft. Aber die soziale Marktwirtschaft ist zeitgemäß, weil sie auf Werte setzt, die zeitlos sind: Eigeninitiative, Selbstentfaltung, Freiheit und Selbstverantwortung. Sie ist keine Leerformel, sondern liefert konkrete Handlungsanweisungen.

Die dritte Lehre

Die politische Reaktion auf die krisenhafte Zuspitzung der wirtschaftlichen Lage in den vergangenen Monaten war richtig. Aber der Staat ist nicht der bessere Unternehmer. Im Gegenteil: Bei verstärkter, dauerhafter staatlicher Einmischung besteht die Gefahr, dass wesentliche Anreizmechanismen, wie die Haftung für unternehmerische Entscheidungen, außer Kraft gesetzt werden. Es kommt zu Fehlentscheidungen zu Lasten der Steuerzahler. Von kommunalen Wohnungsunternehmen über die Deutsche Bundesbahn und Holzmann bis zu den Landesbanken: Die Bilanz des Staates als Unternehmer oder vermeintlicher Unternehmensretter ist nicht überzeugend. Deutschland darf sich nicht an das süße Gift der Subventionen gewöhnen. Auch beim Versuch, Märkte zu steuern, kann der Staat schnell überfordert sein, wie die Erfahrung zeigt. Zu viele Eingriffe in Konsum- und Investitionsentscheidungen der Bürger verursachen nicht nur immense Kontrollkosten, sondern können wegen der unvermeidlichen Fehleinschätzungen zu gravierenden Fehlentwicklungen füh-

ren. Insbesondere Zukunftsmärkte können wir nur im Wettbewerb voll erschließen. Das gilt zum Beispiel für den Ausbau der digitalen Hochleistungsnetze.

Mein wirtschaftspolitisches Handeln baut deshalb auf die Vorzüge der sozialen Marktwirtschaft:

- Freie Märkte können keine Märkte ohne Regeln sein. Wir brauchen nicht unbedingt mehr oder detailliertere Regeln; wir

brauchen vor allem intelligentere Regeln.

- Kurzfristig angelegte Impulsmaßnahmen müssen die Ausnahme sein. Keinesfalls darf es zu einem Perpetuum Mobile von kurzatmigem Aktionismus kommen. Vielmehr muss die nachhaltige Förderung des Wachstums weiterhin im Mittelpunkt stehen. Mit dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz und den Verbesserungen beim Wirtschaftsfonds Deutschland speziell für den Mittelstand befinden wir uns da auf einem guten Weg.

- Der Ausstieg des Staates aus finanziellen Engagements und Rettungsaktionen ist jetzt mit klaren Regeln zu planen. Ich will weder eine Staatsbankenwirtschaft noch staatliche zwangsverordnete Einheitsversicherungen oder einen Finanzmarkt, auf dem nur noch Staatspapiere gehandelt werden.

- Wir brauchen offene Märkte und einfachen Marktzutritt. Maßnahmen zur Stützung der nationalen Volkswirtschaften bergen immer die Gefahr der Abschottung von Märkten. Die industriepolitischen Ansätze wichtiger deutscher Handelspartner erfüllen mich deshalb mit Sorge. Ich setze auf den Wettbewerb, gerade auch im Interesse des Mittelstands. Deshalb werde ich das Bundeskartellamt stärken und deshalb wollen wir als ultima ratio ein Entflechtungsinstrument in das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen integrieren. Wir brauchen Vertrauen in die Regeln, die wir uns in guten Zeiten selbst gesetzt haben, ob bei der WTO, in der EU-Behilfenkontrolle, in der Wettbewerbspolitik oder mit dem Europäischen Stabilitätspakt. Nicht zu vergessen: Auch Bürokratiekosten sind Marktzutrittsschranken gerade für den Mittelstand. Wir müssen deshalb den Bürokratieabbau beschleunigt fortsetzen, vor allem auf EU-Ebene.

Gemeinsam mit der Wirtschaft möchte ich daran arbeiten, dass Freiheit und Verantwortung von den Menschen, ob als Unternehmer, als Manager oder als Konsumenten als zwei untrennbar verbundene Seiten einer Medaille begriffen werden. Die soziale Marktwirtschaft in Deutschland ist dabei kein starres Modell, sondern ein lernendes System. Ihre Ordnungsprinzipien bilden einen flexiblen Rahmen, der sich im Laufe der Zeit an die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen lässt. Nicht zuletzt dieser Dynamik ist es zu verdanken, dass die soziale Marktwirtschaft „Made in Germany“ auch international zu Recht als Erfolgsmodell gilt. Ich bin sicher, dass sich diese Einschätzung nach Überwindung der Krise bestätigen wird. ■